

Solidarität

Nummer 139

Okt .- Nov. 2018

unsere Chance

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at> * www.prodemokratie.com

Der Sozialstaat wurde hart erkämpft!

12-Stunden-Tag und die Zerstörung der Sozialversicherung sind massive Angriffe auf Gesundheit, Freizeit und Geldbörse der arbeitenden Menschen

Hände weg von

Arbeiterkammer * Kollektivvertrag

Arbeitslosengeld * Notstandshilfe * Mindestsicherung

Jugendvertrauensräten * ORF * AMS

Hände weg von Sozialstaat und Menschenrechten!

- **Gegen Zensur und Überwachungsstaat**
- **gegen Aufrüstung von Polizei und Militär**
- **Keine Teilnahme Österreichs an NATO- oder EU-Kriegsvorbereitungen**
- **Nein zu Sozial- und Demokratieabbau!**

Solidarischer Widerstand ist unsere Chance!



Mit der Parlamentsmehrheit gegen die Bevölkerungsmehrheit!

Unter dem menschenverachtenden Vorwand, den Sozialstaat vor Flüchtlingen und Ausländern und die Bevölkerung vor Terrorismus zu schützen, wird von der Regierung im direkten Auftrag von Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer im Interesse der Konzerne, Bosse, Bonzen und Reichen, der Sozialstaat geplündert und zerschlagen, Polizei und Militär massiv ausgebaut, Medien- und Meinungsfreiheit angegriffen.

Gibt es keine Bedrohung, wird ein Bedrohungsszenario erfunden wie Innenminister Kickls werbewirksame Grenzschutzübung ohne Flüchtlinge oder die Angstmachkampagne vor der ständigen Terrorgefahr.

Gesetze gegen die arbeitenden Menschen

Weil sich Widerstand gegen den geplanten Sozial- und Demokratieabbau formierte, wurden überfallsartig im Eilverfahren Gesetze zur noch größeren Ausbeutung und Entrechtung der arbeitenden Menschen durchgezogen:

- 12-Stunden-Tag / 60-Stunden-Woche
- Umbau, d.h. Umfärbung und Entmachtung der Versicherten in der Sozialversicherung (SV) der Arbeiter und Angestellten (Gebietskrankenkassen/GKKs, Pensionsversicherung/PVA)
- Abbau von einem Drittel(!) des Personals in den GKKs in den nächsten Jahren, das sind rund 6.000 Beschäftigte
- Umbau der AUVA mit Personal- und Budgetkürzung, die den Unternehmern letztlich rund 500 Millionen jährlich (!) an zusätzlichen Gewinn auf Kosten der Patienten bringen
- Immobilien-Investoren müssen künftig keine Grunderwerbsteuer mehr für den mittelbaren Immobilienbesitz in Holding-Konstrukten zahlen

Weiters angekündigt hat die Regierung bereits:

- Streichung der Notstandshilfe
- Kürzung bei Familien mit wenig Einkommen und mehreren Kindern
- Kürzung der Ausbildungsbeihilfe für Jugendliche ab 18 Jahren um die Hälfte auf 325,80 Euro
- Kürzung der Mindestsicherung von behinderten Menschen um 380 Euro, wenn sie betreutes Wohnen in Anspruch nehmen
- Kürzung von Mindestsicherung und Arbeitslosengeld
- Kürzung der Mittel für das AMS um 30%
- Kürzung der Mittel für die AK durch Reduzierung des AK-Beitrages
- eine „Steuerreform“, die schon jetzt durch Lohn- und Mehrwertsteuereinnahmen vor allem der arbeitenden Menschen (zu 80%) vorfinanziert wird,
 - soll die hohen Einkommen noch mehr begünstigen
 - Unternehmersteuern weiter senken (z.B. Körperschaftssteuer im Umfang von 2 Mrd. Euro, Mehrwertsteuer für Hoteliers von 13% auf 10%, Ausnahme bei der Grunderwerbssteuer für Immobilienhaie)
 - dagegen bei Schichtarbeitern und Außendienstlern abkassieren
 - die „Steuerentlastung“ für Einkommen bis 11.000 Euro netto im Jahr soll durch weniger SV-Beitrag und weniger AK-Umlage finanziert werden, aus Geldern, die bislang dem Gesundheits- und Rechtsschutz der arbeitenden Menschen dienen. Erhebliche Nachteile bei Leistungen aus SV und AK werden die Folge sein!

- Ein neues Mietrecht, das Wohnen für Normalsterbliche noch teurer macht
- Überwachung, Einschüchterung, Bespitzelung: Umweltorganisationen müssen entgegen dem geltenden Datenschutz (DSGVO) der Behörde Name und Adresse ihrer Mitglieder nennen, um in UVP-Verfahren Parteienstellung zu erhalten
- Abschaffung der Jugendvertrauensräte

Gleichzeitig baut die Regierung Zensur und Überwachungsstaat aus, verstößt gegen Menschenrechte, rüstet Polizei und Militär auf und zieht Österreich immer mehr in die EU-Kriegsvorbereitungen hinein.

Wenn jetzt Industriellenchef Kapsch Innenminister Kickl kritisiert, ist das durchsichtig und unglaubwürdig. Die Industrie hat gerade mit der von der Industriellenvereinigung geförderten und gestützten türkis-blauen Regierung durch eine Reihe von Gesetzen von Türkis-Blau, dem beschlossenen 12-Stundentag, der AUVA- und Sozialversicherungs-„Reform“ usw. den arbeitenden Menschen auf Jahre hinaus bereits Milliarden sowie Freizeit und Gesundheit geraubt.

Das alles bringt mehr Geld, Macht und Posten für Industrie, Spekulanten, Wirtschaftskammer und schwarz-türkis-blaue Politbonzen.



Fortsetzung nächste Seite

Die Bereitschaft der zum Widerstand ist da

Die Bereitschaft der Menschen, gegen diesen massiven Sozial- und Demokratieabbau zu protestieren, ist vorhanden.

Schon im Dezember 2017 zur Regierungsangelobung demonstrierten Tausende. Im Jänner 2018 demonstrierten 80.000 Menschen, ohne dass dazu ÖGB, AK oder SPÖ aufgerufen hätten. In den Folgemonaten gingen weitere 10.000de Menschen gegen Rechtsruck und Sozialabbau auf die Straße.

Bei den ersten offenen Angriffen auf die Sozialversicherung (SV), auf die AUVA (Allgemeine Unfallversicherungsanstalt) organisierten die BetriebsrätInnen der

AUVA-Unfallkrankenhäuser und Reha-Zentren unter starker Einbeziehung der Patienten und der Öffentlichkeit österreichweiten Protest und starteten eine Unterschriftenaktion, die mehr als 200.000 Menschen unterstützten.

Die BetriebsrätInnen der ebenfalls auf der Abschlusliste der Regierung stehenden sozialen Krankenversicherung (Gebietskrankenkassen, GKKs) begannen sich mit in allen Bundesländern abgehaltenen Versammlungen ebenfalls zu wehren. Die Gewerkschaften hielten Betriebsräte-konferenzen und Protestaktionen ab.

Und am 30. Juni 2018 als endlich alle Einzelgewerkschaften, ÖGB,

AK, SPÖ zur Großdemonstration gegen die Arbeitszeitflexibilisierung, d.h. gegen den 12-Stunden-Tag / 60-Stunden-Woche aufriefen, kamen 120.000 Menschen aus ganz Österreich auf den Heldenplatz in Wien. Und seit 4. Oktober gibt es wieder die „Donnerstags-Demonstrationen“ gegen die Rechts-Regierung mit jeweils Tausenden TeilnehmerInnen.

Im ersten Halbjahr haben somit Hunderttausende Menschen ihre Ablehnung von Sozial- und Demokratieabbau zum Ausdruck gebracht.

Fortsetzung nächste Seite



Die Regierung der Industrie kürzt und zerstört – ÖGB und AK-Spitzen vertrösten uns

Viele Menschen haben nach der Großdemonstration gehofft, dass es nun weitergeht. Doch AK (3,6 Mio. Mitglieder) und ÖGB (1,2 Mio. Mitglieder) haben nach der Großdemonstration bislang ihre aktiven Mitglieder und die bereits in Pension befindlichen Arbeiter und Angestellten, die ja alle in ihrer aktiven Erwerbsarbeitszeit zumindest AK-Mitglieder waren – also alle zusammen immerhin der größte Teil der Bevölkerung – nicht weiter mobilisiert. Den kämpferischen Worten auf der Großkundgebung folgen keine Taten. Sie vertrösten uns auf den Verfassungsgerichtshof, den man allenfalls anrufen will oder auf die anlaufenden Kollektivvertragsverhandlungen (KV). Man will die Auswirkungen des 12-Stunden-Tages allenfalls „abfedern“, so der neue ÖGB-Chef Katzian.

Doch eine Forderung nach 5% Gehaltserhöhung wie es die Metallergewerkschaft PRO-GE jetzt verlangt, kann den bereits begonnenen Sozialabbau und Raub an Gesundheit, Geld und Freizeit nicht „abfedern“. Wie zum Hohn lassen die VP-FP-Regierung oder Nationalbank-präsident Novotny verlauten, dass diese Forderung nicht übers Ziel schießend sei. Das heißt: tatsächlich müsste man 20% oder mehr Lohnerhöhung verlangen und bekommen. Allein die Mieten sind in den letzten drei, vier Jahren um diesen Betrag gestiegen, die realen täglichen Lebenshaltungskosten um rund 6% bis 7% im Jahr.

Auch die ÖGB- und AK-Forderung nach einer 4-Tage-Woche oder einer 6. Urlaubswoche nach 25 (!) Jahren für alle ist kein Ausgleich für den

massiven Sozial- und Gesundheitsraub: 25 Jahre hackeln bis zum Umfallen, den Unternehmern auf Abruf und ohne Zuschläge zur Verfügung stehen und dann die Gesundheitsschäden mit einer 6. Urlaubswoche nach 25 Jahren wettmachen wollen? Da ist man dann bereits so ausgelaugt und kaputt, dass die Chefs sicherlich Jüngere einstellen und die Älteren (wie ja schon heute) noch mehr rauschmeißen. Dann gibt's nicht einmal eine 6. Urlaubswoche, sondern nur Arbeitslosigkeit. In Wirklichkeit ist das eine unverantwortliche Vertröstung auf den Sankt Nimmerleinstag. Sinn und Zweck solcher „Forderungen“: Beruhigung des Unmuts in der Bevölkerung, um jetzt keinen wirkungsvollen Widerstand aufkommen zu lassen.

Da fragt man sich,

- wollen ÖGB und AK die Regierungsangriffe auf die arbeitenden Menschen, ja selbst auf ihre Institutionen (geplante Abschaffung der Jugendvertrauensräte, Kürzung der AK-Mittel) aussitzen, in der Hoffnung, dass es nach den nächsten Wahlen wieder „besser“ wird? Eine trügerische Hoffnung!
- Wozu dienen die radikalen Reden, wenn keine Taten folgen?
- Werden die Hoffnungen der Menschen auf Hilfe gegen den Sozialabbau durch AK und ÖGB durch die kämpferischen Reden, denen keinen entsprechenden Taten folgen, bloß ausgenutzt und umgelenkt?
- Interessieren ÖGB und AK nur, wieder das Mandat von den arbeitenden Menschen zu bekommen (Kreuzerl bei der AK-Wahl und Mitgliedsbeitrag beim ÖGB), um (nachher) weiter zu machen wie bisher? Verhandeln mit den „Sozialpartnern“? Also quasi „Zurück an den Start“? Doch die Wirtschaftsseite will das gar nicht

- Sehen ÖGB, AK, SPÖ ihre einzige „Überlebenschance“ nicht in der Mobilisierung der Menschen gegen die Grauslichkeiten, sondern weiterhin darin, sich der Industrie als Bewahrer des „sozialen Friedens“, als „Beruhiger“ der Leute anzubieten? Eine gefährliche Fehlkalkulation der AK- und ÖGB-Spitzen, die die AK- und ÖGB-Mitglieder teuer zu stehen kommt. Denn die Unternehmer wollen immer offener gar nichts mehr von Gewerkschaften oder AK wissen, nicht verhandeln, sondern mit der Faust diktieren.

Will man dem Sozial- und Demokratieabbau der Regierung der Industrie etwas Wirksames entgegensetzen, müssen ÖGB, Einzelgewerkschaften, AK und SPÖ sofort aufhören, noch auf die Regierung oder die „Sozialpartnerschaft“ zu hoffen. Die „rote Linie“ ist längst überschritten, Industrie und Regierung wollen gar nicht mehr „auf Augenhöhe“ mit ihnen reden, sie pfeifen auf Gewerkschaft, AK und Betriebsräte, wollen einseitig diktieren. ÖGB und AK müssen endlich begreifen, dass die Herrschenden keine „Sozialpartnerschaft“ mehr wollen und längst eine reine „Kapitalsherrschaft“ mit der Regierung gegen die arbeitenden Menschen ausüben.

Dagegen hilft nur Aufklären, Protest, Widerstand, Massenprotest und Streik zu organisieren, wo es den Herrschenden weh tut und uns nützt: im Betrieb und auf der Straße. ■



Sozialversicherung

Belastungsmilliarden statt „Patientenmilliarde“

Die Regierung hat bei der Präsentation der "Sozialversicherungsreform" Mitte September behauptet, die Zusammenlegung brächte 1 Milliarde, die den Patienten zugute kommen würde. Zwei Wochen später war klar: Die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen (GKKs) kostet 1,1 bis 1,5 Milliarden, die AK nannte zuletzt sogar Kosten von 2,1 Mrd. Euro für die von ÖVP und FPÖ geplante Kassen-Reform“.



Als Vorwand für ihre „SV-Reform“ dient der Regierung die Lüge, dass die SV-Funktionäre so teuer seien, dass man bei ihnen eine Milliarde einsparen könnte („Funktionärsmilliarde“), die dann den Patienten („Patientenmilliarde“) zugute käme. Tatsache ist: es gibt in allen SV-Trägern in Summe 970 aktive FunktionärInnen, nicht 2.000 wie die Regierung absichtlich falsch verbreitet. Die FunktionärInnen – sie erhalten 42,- Euro pro Sitzung – kosten keine Milliarde, sondern es werden in Summe 5,7 Millionen Euro (inklusive Büros, 12 Autos für 10 SV-Träger, Zahlungen für Obleute, Direktoren und Fahrtkosten) aufgewendet. Das sind 0,009% des SV-Gesamtbudgets von 61,7 Milliarden Euro. Wie kommt dann die Regierung auf 1 Milliarde? Weil sie 1/3 der rund 28.000 SV-Beschäftigten „einsparen“ will. Weniger Beschäftigte bedeutet aber weniger Leistung.

Mit der Zentralisierung der GKKs zur „Österreichischen Gesund-

heitskasse“ (ÖGK) erfolgt keine Verkleinerung der Struktur – 9 Landesstellen statt 9 GKKs, aber die Gelder gehen an die ÖGK, die die Budget- und Personalhoheit hat und damit darüber entscheiden wird, was damit geschieht. Das ist die Zerstörung der regionalen Gesundheitsversorgung mit massiven negativen Auswirkungen besonders im ländlichen Raum.

Die geplante Zentralisierung würde zu einer Verteuerung führen, denn sie bringt unter anderem längere Entscheidungswege, längere Wege für die PatientInnen und höheren bürokratische Aufwand mit sich. Bei den GKK-Versicherten wird es zu Leistungskürzungen kommen (siehe weiter unten).



x = GKK-Servicecenter-Schließungen

Und das ist erst der Anfang der Belastungen für die Arbeiter- und Angestelltenversicherten.

Während die Kassen der Beamten, Bauern und Selbständigen und ihre hohen und höheren Leistungen bestehen bleiben und auch Beamte, Bauern und Selbständige in „ihren“ Kassen weiter selbst bestimmen dürfen was wofür ausgegeben wird, wird die SV der Arbeiter und Angestellten (GKKs) in die ÖGK

zentralisiert, die Leistungen aber NICHT harmonisiert, d.h. nicht an die Höhe der Leistungen der Beamten, Bauern und Selbständigen angehoben.

Entmachtung und Enteignung der arbeitenden Menschen

Weiters sollen in Zukunft nicht mehr die Arbeiter- und Angestelltenvertreter über die Versicherungsgelder der arbeitenden Menschen bestimmen, sondern zu 50% die Unternehmervertreter, die dort gar nicht versichert sind. Mit regierungsnahen ArbeitnehmervertreterInnen (ÖAAB, FCG, AUF) haben die Unternehmer die Mehrheit. Zudem hat sich die Regierung ein weitgehendes Einspruchsrecht gesichert: sie kann alle Entscheidungen zu SV-Finzen über 10 Mio. Euro beeinspruchen. Das ist formal eine Verstümmelung und real eine Ausschaltung der Selbstverwaltung und eine Enteignung der Arbeiter- und Angestelltenversicherten! Damit ist die Selbstverwaltung der Gelder durch die Arbeiter- und Angestelltenvertreter in den Kassen der Arbeiter und Angestellten praktisch abgeschafft. Das hat gravierende Folgen darauf, welche und wieviel Leistungen Arbeiter und Angestellte zugesprochen bekommen. Denn es macht einen Unterschied ob Arbeitnehmer oder Unternehmervertreter darüber entscheiden. *„Mit der Kassenfusion droht die größte Enteignung in der Geschichte Österreichs“*, so AKOÖ-Präsident Johann Kalliauer (AKOÖ).

Fortsetzung nächste Seite

Die Machtverschiebung zu den Unternehmern in der SV

bis zum Jahr 2001	Derzeit	Künftig
Hauptverband	Hauptverband der SV	Dachverband
	A+A 85%	der Versicherten
AV in Mehrheit	6 AV : 6 UV (50% : 50%)	4 AV : 6 UV (40% : 60%)
GKKs	Krankenversicherung/GKKs	ÖGK
	A+A 100%	der Versicherten
AV in Mehrheit	4 AV : 1 UV (80% : 20%)	6 AV : 6 UV (50% : 50%)
PVA	Pensionsversicherung (PVA)	
	A+A 100% der Versicherten	
AV in Mehrheit	2 AV : 1 UV (66,65% : 33,35%)	6 AV : 6 UV (50% : 50%)

AV = Arbeiter- bzw. Angestelltenvertreter, UV = Unternehmervertreter

Die „roten“ Eisenbahnversicherung (VAEB) wird mit der schwarz dominierten Beamtenversicherung (BVA) zur fusioniert und kommt unter schwarze Führung.

Die AUVA dominieren weiterhin die Unternehmer, obwohl dort nur Arbeiter und Angestellte unfallversichert sind und aufgrund von Unfällen und arbeitsbedingten Erkrankungen, weil sie schon jetzt die Arbeit krank macht, für die Unternehmen wieder gesund und arbeitsfähig gemacht werden.

Die Versicherung der Bauern wird mit der der Selbständigen fusioniert – dort haben Arbeiter und Angestellte Null Kontrolle. Die Unternehmer aber haben praktisch die Mehrheit in den Arbeiter- und Angestelltenversicherungen.

Aber nicht genug damit, werden die Kriterien für die Zulassung von SV-FunktionärInnen so gefasst, dass es vor allem für Vertreter von AK und ÖGB schwerer wird, diese zu erlangen. So schreibt sogar der sonst gar nicht so zimperliche, auf der Seite der SV-Privatisierer stehende, selbsternannte Gesundheitsökonom“ Ernest G. Pichlbauer:

„Richtig böse wird es, wenn man das neu eingeführte Ausbildungs-

profil für Funktionäre betrachtet. Entweder müssen sie ein Studium nachweisen oder SV-interne Fort- und Ausbildungen abgeschlossen haben. Wer das nicht hat, darf kein Funktionär mehr sein -das trifft eine ganze Reihe vor allem roter Obmänner und ihrer Stellvertreter. Hier wird persönlich.“ (Wiener Zeitung, 27.9.2018).

Beitragsprüfung durch das Finanzamt

Zum Schaden für die ArbeitnehmerInnen und zum Vorteil für die Unternehmer wird zudem die Beitragsprüfung der GKKs vom Finanzministerium übernommen.



Dazu muss man wissen, dass die GKKs prüfen, ob jemand auch richtig angemeldet und eingestuft ist. Das Finanzamt interessiert das nicht. Davon profitieren die Unternehmer, den Schaden haben die Arbeiter und Angestellte durch

Einbußen bei Gehalt, Zuschlägen oder in der Pension – z.B. könnte das 200 bis 300 Euro weniger pro Pension ausmachen!

Das alles entspricht dem längst von Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer geforderten Einfluss auf die Gelder der Arbeiter- und Angestelltenversicherten. Durch diese „Reform“ bekommen sie den direkten Zugriff auf 50 Mrd. Euro, das ist das Budget (Einnahmen) der Krankenkassen (GKKs) und der Pensionsversicherung (PVA) aus den Beitragszahlungen der Arbeiter und Angestellten. Das Gesamtbudget der Sozialversicherung (SV) macht 61,7 Mrd. Euro aus.

Anfang vom Ende der sozialen Versicherung

Durch diese „SV-Reform“ mit dem Zugriff der Wirtschaft auf unsere Versichertengelder ist der Umverteilung unserer Gelder zu privaten Versicherungs- und Gesundheitskonzernen Tür und Tor geöffnet. Na und, mag da manchen fragen. Dazu muss man wissen: Derzeit gehen 98% der Einnahmen der Sozialversicherung in die Leistungen für die Versicherten. Bei privaten Versicherungskonzernen sind es weniger als 70%, sie haben über 30% Verwaltungsaufwand! Warum? Weil mehrere Anbieter am Markt um die Versicherte buhlen (hohe Werbekosten), die privaten Vorstände und Direktoren viel mehr sind und viel höhere Bezüge haben als im SV-Bereich, Versicherungsprämien für die Aktionäre Gewinn abwerfen müssen, bei der SV, dem größten Non-Profit-Betrieb Österreichs, nicht, weil in der öffentlichen SV 98% der Versichertengelder zurück zu den Versicherten fließen!

30% mehr „Verwaltungskosten“ bei Privatversicherern bedeutet

Fortsetzung nächste Seite

weniger Leistung bei den Patienten. Das gefährdet den sozialen Schutz bei Krankheit, Unfall und Alter! Außerdem versichern private Konzerne nicht alle Krankheiten und kündigen Versicherte, wenn sie zu oft, zu lange oder sogar, wenn sie schwer krank sind. Beim privaten Versicherungs- und Medizingeschäft geht Profit vor Leistung!

AUVA-„Reform“

Mit den Angriffen auf die AUVA begann die Regierung ihr Programm der SV-Zerschlagung. Durch den massiven Protest der Belegschaft und der Öffentlichkeit konnte die AUVA-Auflösung verhindert werden. Die von der Regierung dann in Absprache mit der AUVA-Spitze vorgestellte „Reform“ entlastet die Unternehmer um 430 Millionen Euro auf Kosten der Beschäftigten (1/3 des Verwaltungspersonals wird nicht nachbesetzt) und somit auf Kosten der Patienten. Die UKHs und Reha-Zentren werden in eigene GesmbHs ausgelagert, womit künftiges Personal billiger eingestellt werden kann (vorerst soll das nicht der Fall sein) und Privatbeteiligungen an AUVA-Spitälern und Reha-Zentren leichter möglich werden. Laut Regierung und auf Wunsch der Wirtschaft soll die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall für Betriebe mit bis zu 50 MitarbeiterInnen bleiben. Weiters soll die von Anfang an vorgesehene Absenkung des AUVA-Unternehmerbeitrags von 1,2% auf 1,1% (der Bruttolohnsumme) kommen und in weiterer Folge um jeweils 0,1% (= jeweils 100 Millionen Euro!) schließlich bis auf 0,8% abgesenkt werden.

Über die Jahre ist das eine Milliardenersparnis für die Unternehmer auf Kosten von AUVA-Personal und Patienten.

Damit die AUVA-Leistungen nicht reduziert werden müssen, müssen die Kosten dafür andere tragen. Entweder direkt die Patienten durch weniger Leistung, oder – wie jetzt vorgesehen – man schiebt diese Kosten zu den Ländern und/oder Krankenkassen (der künftigen ÖGK).

Die bisherigen GKKs der Arbeiter und Angestellten sollen ab 2020 in die neue ÖGK zusammengefasst werden. Diese verliert dann erhebliche Geldmittel. So etwa wird die ÖGK aus den Zahlungen, die zwischen der AUVA und den GKK/ÖGK hin und her fließen, bis 2022 etwa 70 Millionen Euro verlieren. Ab 2023 verliert sie pro Jahr knapp 144 Millionen Euro. Sie verliert aber ab 2020 aber auch die Mittel des sogenannten Ausgleichsfonds, der bisher 135 Millionen Euro pro Jahr vom Finanzministerium erhielt, und muss um 14,7 Millionen pro Jahr mehr an Privatspitäler bezahlen.

Verluste für Krankenversicherung					
	2019	2020	2021	2022	2023
Pauschbetrag nach § 319a ASVG	-6,8	-13,9	-21,2	-28,8	-143,7
Mittel nach § 1a GSBG (Ausgleichsfonds)	-5,1	-145,5	-151,0	-156,7	-162,7
Finanzierung Privatspitäler	-14,7	-15,3	-15,8	-16,4	-17,1
Summe Verlust	-26,6	-174,6	-188,0	-202,0	-323,4
kumulierte Verluste	-26,6	-201,2	-389,2	-591,2	-914,6

(Tabelle/Quelle: Leo Wurz, re_flektive, 23.8.2018)

Der jährliche Verlust an Mittel für Gesundheitsleistungen summiert sich bis 2023 auf 915 Millionen Euro. Ab 2023 fehlen der ÖGK dann 323 Millionen Euro pro Jahr.

Hinzu kommt, dass die Zusammenlegung der GKKs zur ÖGK zusätzlich Kosten verursacht. Nimmt man die über 200 Mio. Euro, die die Zusammenlegung der PVA der Arbeiter und Angestellten (2003) zur PVA kostete, gehen Schätzungen bei der Zusammenlegung zur ÖGK

vom mindestens 500 Mio. Euro aus. Auch diese Kosten werden das Defizit der Krankenkassen erhöhen.

Aber nicht genug damit, sieht eine der Aufgaben der ÖGK die „Herabsetzung der Beitragsgrundlage“ vor (dzt. sind das 5.130 Euro/Monat). Das bedeutet, noch weniger SV-Einnahmen, dass angestellte Besser- und Höchstverdiener (z.B. Manager) dann SV-Leistungen noch günstiger bekommen im Verhältnis zu ihren Einkommen als Gering- und Niedrigverdiener.

Effekt: Man erzeugt im Gegenzug zur Entlastung der Unternehmer eine Belastung der Krankenkassen (ÖGK), also ein Kassen-Defizit, das dann als Vorwand zur weiteren „Einsparung“, d.h. zu Leistungskürzungen und Selbsthalten bei den Arbeiter- und Angestellten-Kassenpatienten führt.

Tatsächlich ist es so, dass bei „strukturellen Defiziten“ die Krankenkassen per Gesetz verpflichtet sind, Selbstbehalte einzuführen. Die Entscheidung darüber fällt im neuen Dachverband – und dort haben die Arbeitgeber eine Mehrheit. Schwarzmalerei? Nein! Die Regierung hat in ihrem Gesetzesentwurf (§31 ASVG-Novelle) stehen, dass die neue ÖGK jährlich Selbstbehalte oder Ambulanzgebühren festlegen kann:

„Der Dachverband hat für die Krankenversicherungsträger ...

Fortsetzung nächste Seite

jährlich eine Verordnung zu erlassen, in der festgestellt wird, ob und in welcher Höhe ein Kostenbeitrag bei Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe (§135), ... Zahnbehandlung (§153) ... einer Spitalsambulanz (§26 KAKuG) im nächstfolgenden Kalenderjahr zu entrichten ist ...“

So nehmen seit Jahren die Kassenärzte ab, die Wahlärzte mit Selbstbehalt zu. Das soll scheint's noch schlimmer werden. Laut AK wackelt jede 4. Hausarztstelle.

Selbst Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres fordert die Regierung auf, die Kosten für die geplante Reform der Gebietskrankenkassen zu übernehmen, weil schon jetzt wesentlich mehr Kassenpraxen benötigt würden. Daher müsse der Finanzminister die Fusionskosten bezahlen „*oder Leistungsreduktionen in Kauf nehmen*“. (ORF Fernsehen, Hohes Haus, 14.10.18).

Privatmedizin scharrt schon in den Startlöchern

Schon seit Schwarz-Blau I erhalten Privatspitäler von der Sozialversicherung Geld über den 2002 gegründeten Privatkrankenanstaltenfinanzierungsfonds, den „Prikräf“. Das sind in Summe der letzten 17 Jahre rund 1,5 Milliarden Euro. 2018 wurde der Fonds von der SV mit 126,5 Mio. Euro befüllt. Laut der jetzigen schwarz/türkis-blauen Regierung sollen die jährlichen Zuwendungen aus den zu 85% von den Arbeiter- und Angestelltenversichertengeldern stammenden SV-Beiträgen bis 2026 auf jährlich 185,6 Mio. Euro steigen.

Derzeit sind 44 Spitäler im Prikräf. Per Gesetz (ASVG-Novelle) wurde der Prikräf nicht nur um 60 Mio. Euro reicher gemacht, sondern kommt auch ein 45. Privatspital zu Geldsegen aus SV-Geldern, nämlich die Wiener

Privatklinik Währing, deren Pächter laut „Kurier“ mit FP-Vizekanzler Strache „freundschaftlich verbunden“ ist.

Seit Beginn der massiven Debatte um AUVA und Krankenkassen nehmen wohl nicht zufällig in den so genannten „Qualitätsmedien“ Anzeige-Beilagen privater Versicherungskonzerne enorm zu. Sie preisen wegen der „Pensionslücke“ (als Folge der „Pensionsreform“ von Schwarz-Blau I) oder jetzt wegen des angeblich „notwendigen Sparkurses“ der von der Regierung bei Unfall- und Krankenversicherung provozierten Verunsicherung der Menschen, ihre privaten Produkte an. Und der „Kurier“ titelt in seiner Beilage vom 13.10.2018:

„Kasse oder Klasse? Das Gesundheitssystem stößt an seine Kapazitätsgrenzen. Die Privatmedizin springt ein. Doch das hat seinen Preis.“



Damit ist die Katze aus dem Sack.

Im privaten Versicherungs-, Medizin- und Spitalsgeschäft geht es zuerst um Profit für die Betreiber und Aktionäre. Krankenversorgung und „beste“ Gesundheitsleistung bekommen nur diejenigen, die sich das leisten können. Darum geht es. Unsere von uns selbst erarbeiteten Sozialversicherungsgelder sollen mit Hilfe der Regierung zu den

privaten „Gesundheitsanbietern“ umgeleitet werden. Erst dadurch können diese zur Konkurrenz der solidarischen, nicht auf Gewinnorientierten Sozialversicherung werden. So sollen wir nicht nur enteignet, sondern gleichzeitig genötigt werden, dafür zu bezahlen, dass wir in Zukunft für Gesundheit noch mehr Euros auf den Tisch der (Wahl-)Ärzte und (Privat-)Spitäler hinblättern müssen, wollen wir nicht krank werden, krank bleiben oder gar früher sterben.

Seit dem Jahr 2000 ging die Zahl der Kassenärzte um rund 1.000 zurück, während sich die Zahl der Wahlärzte seit 2004 auf rund 11.000 fast verdoppelte.

Während Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer mit ihren Erfüllungsgehilfen Kurz, Strache und Hartinger-Klein die öffentliche, solidarische und soziale Gesundheitsversorgung ohne Not kaputt, „sparen“ wollen, schwärmt die Wirtschaftskammer vom Gesundheitsmarkt Österreich, dessen Potenzial sie auf 30 bis 40 Milliarden Euro schwer einschätzt. Obmann der „Gesundheitsbetriebe“ in der Wirtschaftskammer ist nicht zufällig der Chef der PremiQaMed Group (Gewinn 2017: 2,8 Mio. Euro), der Privatspitäler der UNIQA-Versicherung. Auch der „Reform“-Finanzminister Hartwig Löger kommt wohl nicht zufällig von der UNIQA. Um an diesen Markt zu kommen, brauchen diese Herrschaften den Zugriff auf die derzeit noch nonprofit verwalteten Milliardengelder der österreichischen Sozialversicherten.

Mit der Selbstverwaltung gegen die Selbstverwaltung

Weil das (Privat-)Kapital in Österreich traditionell schwach ist, versucht es in den vorhandenen Strukturen die Arbeitnehmer-

Sozialpartnerseite weiter zurückzudrängen, sozusagen mit der Selbstverwaltung gegen die Selbstverwaltung, mit dem Staat gegen die gesetzliche staatliche Gesundheits- und Pensionsvorsorge. Zuerst durch deren finanzielle und strukturelle Aushöhlung, dann – wenn dem nichts entgegengesetzt wird – durch schrittweise Öffnung für private Anbieter und schließlich in letzter Konsequenz durch Auslieferung an die meist ausländischen, international agierende Gesund-

heits- und Versicherungskonzerne, wie z.B. die VAMED. Beispiele dazu, wie über Jahrzehnte ein Gemeinwirtschaftssektor letztlich mit Brachialgewalt ans Privatkapital mit gezielter Defizit-Greuelpropaganda ausgeliefert wurde, gibt es in Österreich bereits zuhauf aus anderen Branchen, z.B. voestalpine, Austria Tabak usw. usf.

Die Zerschlagung der Sozialversicherung durch die Regierung leistet den privaten

Gesundheitskonzernen, denen es zuerst ums Geschäft und erst dann um Gesundheit geht, lebensgefährlichen Vorschub.

Daher ist Widerstand mit allen Mitteln ein Gebot der Stunde! ■



**Plattform:
Keine Zerschlagung
der Sozialversicherung**

AUVA

Zensur – Bespitzelung – Verfolgung

Wie berichtet haben sich Betriebsräte und Beschäftigte der AUVA seit Anfang des Jahres massiv gewehrt und die Zerschlagung der AUVA so vorerst verhindern können. Österreichweit haben sie durch Protestaktionen und Unterschriftensammlung die Öffentlichkeit und die Patienten darüber informiert, was eine Zerschlagung wie sie FPÖ-„Unsozialministerin“ Hartinger-Klein vorhatte, bedeuten würde: Massive Verschlechterungen für Unfallopfer und Patienten.



Dann hat der ÖVP-Obmann der AUVA, also der Chef gegen die eigene Belegschaft mit der Ministerin ein „Sparpaket“ ausgehandelt, dass der AUVA im Interesse der Unternehmer an die 500 Millionen entzieht, manche Rehasentren (RZ) schließt, die Unfallkrankenhäuser (UKH) in eine Betriebs-GesmbH ausgliedert und Drittel des Verwaltungspersonals abbaut.

Diese „GesmbH“-Lösung bedeutet den Beginn einer Privatisierung. Eine Schlechterstellung bei der Entlohnung durch die GesmbH-Lösung – wie ursprüng-

lich geplant – konnte die Belegschaft vorerst verhindern.

Weil Belegschaft und Betriebsräte samt Gewerkschaft und vielen Unterstützer aus vielen anderen Bereichen der Bevölkerung – sie sammelten in Summe mehr als 200.000 Unterschriften, davon rund 100.000 in Papierform auch in den AUVA-Häusern – geht jetzt die AUVA-Leitung gegen Beschäftigte und Betriebsrat vor.

Am 26. September 2018 schrieb der erste Generaldirektor-Stv. der AUVA an ausgewählte Führungskräfte und forderte diese auf zu erheben, ob in den Einrichtungen – UKH und RZ – „Unterschriftenlisten des Zentralbetriebsrats aufliegen, in deren Text die Regierung bezichtigt wird, 5 Millionen Versicherte zu schädigen“.

Es soll festgestellt werden, wer diese Listen aufgelegt hat. Darüber hinaus wurden Dienst-

ordnungsparagrafen zitiert, was nahelegt, dass MitarbeiterInnen für politische Meinungsäußerungen mit dienstrechtlichen Konsequenzen bedroht werden sollen.

Erik Lenz, Zentralbetriebsratsvorsitzender in der AUVA, stellte zu den Vorwürfen entschieden fest:

„Die angesprochenen Unterschriftenlisten waren Teil der Maßnahmen mit denen die Belegschaftsvertretung in der AUVA gegen die ursprünglich geplanten Kürzungsmaßnahmen vorgegangen ist. Diese Listen wurden von weit über 100.000 Menschen unterschrieben ... Dadurch wurde ein essentieller Beitrag dazu geleistet, die Bedeutung der AUVA einer breiten Öffentlichkeit ins Bewusstsein zu rufen und die Existenz unserer AUVA abzusichern“. Und weiter: „Dieses Vorgehen ist skandalös und in keinster Weise hinnehmbar. Wir leben in einem freien Land, in dem Presse- und Meinungsfreiheit gelten. Diese Rechte sind zu respektieren, durch die Bundesregierung, durch die Organe der AUVA

Fortsetzung nächste Seite

und auch durch den Herrn Obmann. Kritik an politischen Absichten und das Eintreten für unsere AUVA sind keine Dienstpflicht-verletzungen, sie stellen vielmehr die Inanspruchnahme unveräußerlicher Rechte dar.“

AUVA-Obmann Ofner wies die Anschuldigungen, davon gewusst zu haben zunächst empört von sich, was er später zurücknehmen musste, da die Mail an ihn in Kopie ergangen war. Dann distanzierte er sich: Er habe das Einsammeln regierungskritischen Materials nie angeordnet. Doch bereits eine Woche später

kommt es Anfang Oktober zu neuem Druck auf die Betriebsräte, diesmal in der AUVA-Landesstelle Salzburg: Thomas Mück, AUVA-Generaldirektor-Stv. der AUVA, „ersuchte“ den AUVA-Direktor der Salzburger Landesstelle „betriebsrätliche Drucksorten für eine allfällige Würdigung dieser Materialien im Rahmen einer Verwaltungskörpersitzung“ bereitzustellen.

Hintergrund: Für die demnächst stattfindende AUVA-Kontrollversammlung soll Material gesammelt

werden, das belegt, wie kritisch der Betriebsrat den Regierungsplänen gegenübersteht.

So soll der massive und solidarische Widerstand schlecht gemacht, in der Belegschaft Angst und Schrecken verbreitet werden, dass sich niemand mehr trauen soll für die berechtigten Interessen des AUVA-Erhalts im Interesse von Beschäftigten und Patienten.

Schluss mit der Bespitzelung und Verfolgung! Die Antwort: Solidarität und Widerstand!



SV-„Reform“ – Enteignung der Versicherten

Warum geht das bisher so leicht?

- 1) Die Rechten haben mit der Regierung die Macht und setzen sie im Interesse der Reichen und der Industrie auch ohne Kompromisse ein und durch. Das ist neu in Österreich.
- 2) Kaum jemand der Arbeitnehmer weiß heute noch Bescheid darüber, eigentlich schon die letzten Jahrzehnte nicht mehr, wie die Sozialversicherung, die Kranken-, Unfall-, Pensionsversicherung eigentlich funktioniert.
- 3) Ein Hauptgrund dafür ist die Entpolitisierung der breiten Masse der Bevölkerung. Man hat den Menschen das Bewusstsein ausgetrieben, dass sie es sind (und nicht „die Wirtschaft“), die die Wirtschaft und den Staat in Gang halten. Früher hätte man
- 4) gesagt, man hat ihnen das Klassenbewusstsein ausgetrieben. Wie? Besonders die Vertreter von ÖGB, AK, SPÖ haben stattdessen die Ideologie der „Sozialpartnerschaft“ gepredigt. Sozialpartnerschaft bedeutete für sie „Halbe-Halbe“: Also Teilhabe an und in der Republik, staatstragend zu sein, immer mit den Unternehmern den Kompromiss zu suchen – auch wenn diese dadurch immer reicher, größer und frecher wurden.
- 5) Denn nach dem Krieg waren die Kapitalisten bei der Bevölkerung unten durch, haben die arbeitenden Menschen, nicht die Manager und Bosse die Wirtschaft wieder aufgebaut, insbesondere die wichtigsten Grundstoffindustrien in den damals sogenannten „herrenlosen Betrieben“, der späteren Verstaat-
- ungeheuerlichen Nazi-Diktatur, wurden Unternehmer, Industrielle, Banker Konzerne und Politiker, die das alles verursacht und zu verantworten hatten, als „Partner“ ins Boot geholt. So haben schon damals die Arbeitnehmervertreter von SPÖ und ÖGB die Hälfte des Staates diesen Arbeiterfeinden, Profiteuren und Kriegstreibern ohne Notwendigkeit überlassen.

lichten Industrie. Als das Wichtigste aufgebaut war, wurde über die Köpfe der arbeitenden Menschen wieder Manager und Direktoren gesetzt. Die Führungen von SPÖ, ÖGB und AK überließen über die Jahre hinweg schrittweise die wichtigsten und besten Betriebe im Zuge des „Proporz“ auch der ÖVP und damit der Unternehmerseite. Das zeigt die Geschichte des jahrzehntelang betriebenen Ausverkaufs der Verstaatlichten Industrie seit den 1950er/1960er Jahren (ÖIG – ÖIAG – ÖBIB ...): zuerst von der Politik eingesetzte rote Manager, dann schwarze Manager, dann waschechte nur noch rein profitorientierte Bosse, denen das Gemeinwohl völlig egal war. Da stehen wir heute. Und der Ausverkauf hat noch kein Ende. Gerade will Finanzminister Löger die letzten Staatsbeteiligungen neu ordnen, weitere, dzt. noch auf Staats-, Landes-, und Gemeindeebene öffentlich arbeitende Bereiche der Daseinsvorsorge wie Wasser und Energie weiter oder neu der privatwirtschaftlichen Nutzung öffnen, die ÖBIB zu einem Staatsfonds zur Umverteilung des dort Erwirtschafteten zu Privatunternehmen (neumodisch „start ups“) umbauen.

6) Die SPÖ-Führer der letzten 30 Jahre fühlten sich sowieso der Unternehmerseite näher als ihrer eigenen Basis, kamen direkt aus der Wirtschaft oder gingen nachher dorthin. ÖGB, und AK machten bislang in Bezug auf die arbeitenden Menschen bestenfalls noch „Stellvertreterpolitik“, statt die Beteiligung der arbeitenden Menschen als politisch Aktive zu fördern und fix im

praktischen politischen Leben dieser Organisationen zu verankern. Schon lange nicht mehr gibt es z.B. in der Sozialversicherung die Direktwahl der Funktionäre aus den Betrieben wie zu Anfangszeiten. Stattdessen wurden Vertreter aus AK und ÖGB FÜR die Arbeitnehmerseite delegiert, also nur mehr höchst indirekt. Denn im Betrieb werden Betriebsräte gewählt. AK und ÖGB suchen sich Betriebsräte aus, die in die AK-gewählt werden und von dort werden sie dann in die SV entsendet. Auch in die AK- und ÖGB-Spitzen kommt nach einem langen Aussiebeprozess in der Regel nur wer den jeweils Führenden genehm ist. Die Bestellung erfolgt von oben nach unten, statt von unten nach oben. Dass da den Arbeitern und Angestellten der Bezug fehlt, bzw. sich ob dieses Prozederes abwenden, ist nicht selten. Die Folge ist eine doppelte Fehlentwicklung: Postansammlung oben, mangelndes Engagement (von) unten. Die Arbeitnehmervertretungen in ÖGB und AK – ganz zu schweigen von der SPÖ – sind so oft, zumindest von der Struktur her, weit von der Basis entfernt. Das erklärt, warum auf der Arbeiterseite besonders die SPÖ so wenig Zuspruch findet. Das macht(e) es jetzt den Rechten und Unternehmervetretern leicht den „Kopf vom Rumpf“ ganz trennen zu wollen. Deshalb jetzt die massiven Angriff auf ÖGB, AK und Betriebsräte. AK und ÖGB müssen jetzt die Mitglieder und Menschen einbeziehen. Sie haben noch ein Ansehen bei den Menschen. Wenn das jetzt nicht geschieht, kann es AK

und ÖGB so ergehen wie der SPÖ. Derzeit- AK und ÖGB haben eine Bringschuld!

7) Gleichlaufend zur jahrelangen Entpolitisierung der Arbeitnehmerseite durch ihre Vertreter in SPÖ, ÖGB, AK, hat die Unternehmerseite nie aufgehört immer nur eines zu sein: Unternehmer (früher hätte man Kapitalist gesagt) und danach zu handeln. Das heißt, sie haben ihr Klassenbewusstsein erhalten und gepflegt und ihre Position stetig im Rahmen der „Sozialpartnerschaft“ ausgebaut. Die SPÖ, die Arbeitnehmervertreter aus AK und ÖGB wurden von ÖVP- und Unternehmerseite nur erduldet und geduldet. Diese wollen jetzt mit der FPÖVP-Regierung im Auftrag der Industrie letztlich vor allem die Betriebsräte als direkte Vertretung und Schutz der Beschäftigten vor Ort im Betrieb als letzte Hürde weghaben, um schalten und walten zu können wie es ihnen passt. Deshalb die Abschaffung der Jugendvertrauensräte, die Aushebelung der Mitbestimmung der Betriebsräte, z.B. beim 12-Stunden-Tag, usw. Wenn man die „Sozialpolitik“ der Regierung anschaut und wie sie mit den ÖGB- und AK-Vertretern und Betriebsräten umgeht, dann kann man ohne Übertreibung sagen: sie hassen jegliche Vertretung, ja sie hassen die arbeitenden Menschen. Wir arbeitende Menschen sollen arbeiten und kuschen. Das ist der politische Zugang dieser Damen und Herren von der Regierung bis zur Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung.
 8) Weil die Vertreter von SPÖ, AK, ÖGB und viele Betriebsräte davon ausgingen und

⁹⁾ ausgehen, dass das Beste für die Menschen sei, FÜR sie satt MIT und DURCH sie zu handeln, haben sie geglaubt, dass sie als Vertreter und Funktionäre unersetzlich sind. Aber so haben sie sich immer mehr von der eigentlichen Basis abgenabelt und entfernt und waren sogar angefressen auf die Leute, wenn diese nicht verstehen wollten, dass der Kompromiss mit der Unternehmerseite „eh gut für sei“. So wurden bzw. machten sich selbst SPÖ-, ÖGB-, AK-Vertreter zur leichten Beute für die Arbeiterhasser, die alles nach ihrem alleinigen Gutdünken diktieren wollen. Dort sind wir heute.

¹⁰⁾ 9) Soll das nicht noch weiter gehen gegen die arbeitenden Menschen und sogar noch ärger werden, müssen AK, ÖGB, SPÖ schnellstens echte Beteiligung, Gewinnung und Verbreiterung einer aktiven Basis vorantreiben dort wo noch Einfluss und Möglichkeit besteht. Immerhin hat der ÖGB 1,2 Millionen Mitglieder, die AK 3,7 Millionen Mitglieder und gibt es rund 70.000 Betriebsräte und Personalvertreter in Österreich. Nur dann kann dieser Angriff abgefangen und verstärkt Widerstand geleistet werden. ÖGB-, SPÖ- und AK-Führenden müssen das vorantreiben. Es geht um direkte Arbeiter- und Angestelltendemokratie an der Basis: im Betrieb, in AK, in ÖGB und SPÖ. Wie? Als erster Schritt: AK und ÖGB müssen ihre Tore öffnen, aktiv die Mitglieder einladen und einbeziehen. Durch regelmäßige Aktionen auf der Straße und in den eigenen Einrichtungen. Es gibt in jedem Bundesland Zentralen von ÖGB-, AK- und Einzelgewerkschaften, ebenso

Außenstellen von AK- und ÖGB in den Regionen. Natürlich geht das nicht von heute auf morgen. Hat man sich doch selbst viel zu lange schon auf Druck der Unternehmer und auf Zuruf der Rechten schon zu Haiders Zeiten zur reinen „Serviceeinrichtung“ zurückdrängen lassen und die Mitglieder dazu erzogen, bloß passiver Konsument zu sein.

10) Es braucht eine radikale Kursänderung. Wenn das nicht passiert, müssen das die Mitglieder und Belegschaftsvertretungen in den Betrieben und in AK, ÖGB, und SPÖ mehr und mehr selbst in die Hand nehmen, die ÖGB-, AK- und SPÖ-Spitzen zwingen, das zu tun was ihre Mitglieder wollen, was die Mitglieder vor noch mehr Ausbeutung und Entrechtung schützt. Nur so kann der Profitdiktatur wirkungsvoll gegengesteuert werden!

Aufgelesen

aus: OÖ-Kurier, 29. 7. 2018)

Regierung gegen Arbeitnehmerschutz

Jetzt will die Regierung die letzte Schutzbastion gegen die Unternehmerwillkür die Betriebsräte, angefangen von den Jugendvertrauensräten, abschaffen, damit sie schalten und walten kann wie sie will. Den Unternehmern ist es lästig, Gesetze einzuhalten, Kollektivvertragslöhne zu bezahlen, mit Gewerkschaften und Betriebsräten zu verhandeln oder bei Gesetzesbruch Strafe zu bezahlen. Sie

wollen freie Bahn und diktieren, wie es ihnen passt. Mit möglichst wenig Kosten, das heißt mit wenig neuem Personal, wenig Einschulung usw. Wenn Arbeits- und Arbeitszeitgesetze Mitbestimmung vorschreiben und bei Nichteinhaltung Strafen vorsehen, gehören diese Gesetze aus der Sicht der Unternehmen endlich weg. Denn aus ihrer Sicht ist das unnötiger Zeitaufwand und unnötige Bürokratie. Sie wollen Menschen wie Leibeigene behandeln und

abrufen können, sie wollen ihnen nur das bezahlen, was ihnen die Chefs zugestehen. Keine Überstundenzuschläge, keine Strafen mehr bei Gesetzesbrüchen usw.

Die ÖVP-FPÖ Regierung ist Garant dafür, dass die Reichen immer reicher werden und die fleißige Bevölkerung, die ihren Reichtum ja erarbeitet, immer ärmer wird. Die Gewerkschaften werden zum Schutz der Arbeitnehmer sehr gefordert sein. Die Bevölkerung ist bereit zu kämpfen, wie die 100.000 Teilnehmer bei der Großdemonstration am 30. Juni in Wien gezeigt haben.

Johann Horner
Luftenberg



„Wurden verraten und verkauft“

Massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für alle Buslenker/innen ab 1. Oktober 2018

Werte Kollegin! Werter Kollege!

Die Wahrheit: Ich habe beim ÖGB-Bundeskongress am 14. Juni 2018 erstmalig vom Verhandlungsteam *vida* von der geplanten Verschlechterung des Kollektivvertrages der Berufsgruppe Autobus erfahren.

Alleine bei den geplanten Verschlechterungen der Arbeitszeiten stellen sich mir die Haare zu Berge. Ich habe bei diesem Gespräch alles versucht, das Verhandlungsteam mit dem Argument zu überzeugen, dass dies ein Verrat an allen KV-Buslenker/innen der ÖBB-Postbus GmbH ist. Dies wurde mir auch bestätigt - die Antwort: aber für alle privaten KV-Buslenker/innen ist diese Erhöhung des Gehaltes (altes Gehalt plus Erschwerniszulage) ein Vorteil, da viele Busunternehmen die Zulagen nicht bezahlen. Unter dem Motto: alle Buslenker/innen, die korrekt nach dem KV bezahlt wurden, müssen nun halt verstehen, dass sie einen Nachteil haben.

Diesbezüglich habe ich sofort den Vorsitzenden der Fachgewerkschaft angerufen und ihn von dieser geplanten Verschlechterung des Kollektivvertrages informiert. Zusätzlich habe ich ihm schriftlich am 18. Juni, 27. Juni und 3. Juli 2018 anhand von Beispielen die geplante Verschlechterung aufgezeigt und ihn ersucht, diese nicht zu unterschreiben (Hervorhebung durch die Red.)

Aufgrund dessen gab es am 4. Juli 2018 mit dem Vorsitzenden und dem Verhandlungsteam eine Besprechung, bei der ich nochmals alles versucht habe, dass man von den geplanten Verschlechterungen Abstand nimmt.

Obwohl ich alles versucht habe, wurde diese Verschlechterung mit Gültigkeit ab 1. Oktober 2018 unterschrieben.

Ein wesentlicher Punkt des Bus-KV vor dem 1. Oktober 2018

Derzeit fährt ein/e Lenker/in **40 Stunden pro Woche, 8 Stunden täglich** und erhält darüber hinaus **ab der 9. Stunde Überstundenzuschläge**. In einer Zeit, in der die Politik und die Wirtschaft alles versuchen, um die Grenze der Arbeitszeit anzuheben, wäre eine Verschlechterung dieser Arbeitszeitregelung grob fahrlässig gegenüber allen betroffenen Arbeitnehmer/innen.

Hier einige beispielhafte Punkte aus dem neuen Kollektivvertrag der Berufsgruppe Autobus **ab 1. Oktober 2018**:

- 1. Richtig ist:** Es kommt zu einer Erhöhung des Bruttogrundlohns von € 1.908,- auf € 2.126,- (Bruttoerhöhung von € 218,-) - **aber:**
- 2. Fakt ist:** Die **Erschwerniszulage** von € 1,01 pro Stunde Arbeitszeit wird ersatzlos **gestrichen**. Dies waren immerhin mindestens € 177,- netto pro Monat.
- 3. Fakt ist:** Die wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden wird auf **50 Stunden erhöht**.
- 4. Fakt ist:** Der bisherige **Durchrechnungszeitraum** von einer Woche wird auf **5 Wochen erhöht**, dies bedeutet, der/die Lenker/in erhält nicht nach der 40. Wochenstunde sondern erst ab der 173. Monatsstunde Überstunden.
- 5. Fakt ist:** Es gibt **keine täglichen Überstundenzuschläge** ab der 9. Stunde mehr, sondern ab 1. Oktober 2018 erst ab der 11. Stunde.
- 6. Fakt ist:** Die wöchentliche **Auffüllung** auf 40 Wochenstunden wird

ersatzlos gestrichen. Das bedeutet, dass man im Monat durchschnittlich einen Tag mehr arbeiten muss, um das gleiche Monatsgehalt zu bekommen.

7. Fakt ist: Bei Urlaub oder Krankenstand wird dadurch der **Durchrechnungszeitraum** von derzeit 13 Wochen automatisch **reduziert**.

Schön langsam kommt aber Licht ins Dunkel warum dieser Verrat an unsere KV-Lenker/innen unterschrieben wurde. Einer der Verhandler seitens der Fachgewerkschaft, der zusätzlich ein Betriebsrat ist, bekommt dafür einen neuen Posten in der Verwaltung.

Entschärfen der Verschlechterungen im KV gültig ab 1. Oktober 2018

Es wird nun an den aufrechten Betriebsräten liegen, die geplante Umsetzung zu entschärfen -

- z.B. den Durchrechnungszeitraum von 5 Wochen auf einen monatlichen Durchrechnungszeitraum zu verkürzen. Der Vorteil wäre, dass man die Überstunden monatlich ab der 173. Stunde (40 x 4,3), 12 x im Jahr bezahlt bekommt und nicht nur 10 x im Jahr ab der 200. Stunde.

- Auch werden wir versuchen, dass alle betroffenen Kolleg/innen, die dem Branchenkollektivvertrag unterliegen zusätzlich eine Tagesgebühr von monatlich ca. € 50,- erhalten, damit die Verluste halbwegs abgefedert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Robert Wurm; ZBRV; Region Nord: BRV Johann Pürstinger, BRV-Stv. Andrea Huemer; Region Süd: BRV Josef Nigitsch, BRV-Stv. Meinhard Petzmann; Region West: BRV Johann Ritter, BRV-Stv. Johann Egger, Region Ost: BRV-Stv. Dieter Smolka

Ehrliche, geradlinige, starke Interessensvertretung bringt Erfolg!

Gewerkschaftswahlen bei Postbus: FSG erreicht 95,4%

Das waren nochmals um 4,4 Prozent mehr als 2014.

Wahlberechtigt waren diesmal 2.742 Kolleginnen und Kollegen. Die Wahlbeteiligung lag laut FSG-Chef und Zentralbetriebsrat beim Postbus, Robert Wurm, bei 76 Prozent.

TERMINE

Aktionstag:

Freitag, 26. Oktober 2018

TAG DER NEUTRALITÄT

**Neutralität statt Kriegshetze und
Kriegsteilnahme!**

Flugblattverteilkaktion ab 10.00Uhr

Treffpunkt:

Denkmal der Republik 1010 Wien, Dr.-Karl-
Renner-Ring 3
(neben dem Parlament am Ring, Richtung
Bellaria)

Verteilaktion:

1010 Wien, Nähe Burgring 6, 1010 Wien, vor
dem Eingang Volksgarten zum Heldenplatz,
zwischen Radweg und Fahrbahn/Straße/Ring.

Wer mitmacht, kontaktiert uns bitte unter:

oesolkom@gmx.at

21. November 2018:

Gegen die Zerschlagung der Sozialversicherung

Groß-Aktionstag / Demonstration in Wien

Mehr Infos ab November unter: <http://prosv.akis.at>

15. Dezember 2018:

Großdemonstration gegen die Regierung

anlässlich des 1. Jahrestags ihrer Angelobung
in Wien

Mehr Infos ab November unter: <http://prosv.akis.at>

Terrorgefahr



(aus: Kurier, 9.10.2018, Site 18)

Was macht Innenminister Kickl mit Verfassungsschutz und Polizei? Bezeichnend, dass ein Artikel zu Kickls Fremdenpolizeiumorganisation auf der Rätselseite des Kurier landet.

Der Innenminister warnt uns per Postkarte vor Terror, wir sollen im Gefahrenfall unterm Tisch kriechen.



Aber schon im Februar stürmten Staats-Terror-Einheiten den Verfassungsschutz BVT. Die Leiterin des BVT-Extremismusreferats glaubte, dass der Tag X gekommen sei von dem die Rechten sprechen und an dem sie zuerst die Staatspolizei und dann die Justiz hängen wollen

Konsequenzen wird es beim BVT-U-Ausschuss wohl keine geben. Sicher ist aber schon jetzt, dass der Staatsapparat von Polizei, Justiz und Militär auf Jahrzehnte hinaus von Rechten besetzt wird. Die zuständigen Minister Kickl und Kunasek sind, Moser war stramme(r) FP-Parteigenosse(n). Insofern ist der Tag X bereits da. Sie, die Rechten, hängen zwar noch nicht die Staatspolizei oder die Justiz, wie die BVT-Leiterin befürchtete, aber sie übernehmen im Nadelstreif den Staatsapparat haben „Identitäre“ als Schlägerbande und Kurz als lächelnde Fassade.

Wozu aber wird der Staatsapparat so ausgebaut und aufgerüstet? Wegen ein paar Irren die meist vorher schon polizeibekannt waren? Die Terrorgefahr wird dazu verwendet den Staatsapparat auszubauen, um die Herrschenden und Reichen vor sozialen Unruhen zu schützen und für EU-Kriegsteilnahme zur Profitabsicherung der Konzerne zu rüsten.

*Wem also anrufen bei dieser Staatsterrorgefahr. Sicher nicht die Polizei **Solidarischer Zusammenschluss und gemeinsame Gegenwehr ist die einzige Chance dagegen.***

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Wir danken für die Zusendungen und
Einzahlungen auf die wir in Sinne unserer
gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft
angewiesen sind.**

Von keiner Firma, Partei, oder
Gewerkschaftsfraktion abhängig, bestreiten wir
unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden
unserer LeserInnen und AktivistInnen. Wer unsere
Auffassungen teilt, laden wir herzlichst zur
aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen, ÖSK-Team

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein
oder per Überweisung

EmpfängerIn: ÖSK

Verwendungszweck: Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Datenschutzerklärung:

Wir vom „Österreichischen Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen (ÖSK)“ nehmen den Schutz und die Sicherheit Ihrer Daten sehr ernst. Daher speichern und verarbeiten wir ausschließlich im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Persönliche Daten wie z.B. Name, E-Mail-Adresse, Adresse, Telefon oder andere persönliche Angaben, welche uns von Ihnen mitgeteilt wurden, werden von uns für den angegebenen Zweck, z.B. im Rahmen einer Anfrage oder einer Spende, verwendet, sicher verwahrt und nicht an unbeteiligte Dritte weitergegeben. Wir nutzen Ihre persönlichen Daten somit nur für die im Rahmen einer Spende oder schriftlichen oder mündlichen Bekundung zur Zusendung unserer Aussendungen in Papierform oder per E-Mail notwendigen Tätigkeiten oder für die Kommunikation mit Ihnen bzw. für die Zusendung von Informationen an Sie. Sie haben jederzeit das Recht Auskünfte über Umfang und Inhalt Ihrer personenbezogenen Daten zu erhalten und diese gegebenenfalls berichtigen zu lassen. Selbstverständlich können Sie die Einwilligung zur Verwendung Ihrer Daten zu den oben beschriebenen Zwecken jederzeit widerrufen. Ein Widerruf hat zur Folge, dass wir Ihre Daten ab diesem Zeitpunkt zu oben genannten Zwecken nicht mehr verarbeiten. Einen Widerruf oder Ihre Anfrage richten Sie bitte per E-Mail oder per Post, unter Angabe Ihres Namens bzw. Adresse, an uns. Mit Angabe Ihres Namens, Ihrer (E-Mail-)Adresse bzw. der Einzahlung einer Spende erklären Sie Ihre Einwilligung zur Verwendung Ihrer und der angeführten Daten durch das „ÖSK“ zu den oben angeführten Zwecken.

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner AktivistInnen, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

139/18

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Öster-
reichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstüt-
zung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070
Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.
Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift
ist die des obgenannten Vereins.



EINLADUNG

40 Jahre Nein zu Zwentendorf

Podiumsdiskussion

Damals: Nein zur Atomenergie – Heute: Herausforderung Klimawandel

- **em. Univ.-Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb**
Universität für Bodenkultur
- **Dipl.-Ing. Mira Kapfinger**
"System Change, not Climate Change!"
- **Abg.z.NR Alois Stöger, diplômé**
Leitender Sekretär der Produktionsgewerkschaft PRO-GE
- **ZBRV Robert Wurm**
Vorsitzender des Zentralbetriebsrates ÖBB-Postbus,
Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten (GPF)
- **Dr. Wilfried Leisch**
Österreichisches Solidaritätskomitee ÖSK / proSV,
GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg

Mo., 5. Nov. 2018, 19.00 Uhr

Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus, Galerie, 1. Stock

Die Atomlobby erhebt wieder ihr Haupt. Das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zum geplanten britischen AKW Hinkley Point C lässt massive staatliche Atomförderungen zu. Außerdem will uns die Atomindustrie AKWs gerne als Ausweg aus der Klimaerwärmung verkaufen. Doch weder sind AKWs der Ausweg aus dem Klimawandel, noch hilft Leugnen des Klimawandels oder die „Klimaanpassung“ von Mensch, Umwelt und Wirtschaft gegen die Klimaerwärmung. Was ist notwendig? Ein grundlegender Wandel unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Was das bedeutet und was zu tun ist, das wollen wir an diesem Abend gemeinsam diskutieren.

Um Anmeldung wird ersucht: oesolkom@gmx.at

Freier Eintritt, Spenden erbeten. Erfrischungen und Brötchen frei
Veranstalter: GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg